

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1906)
Heft: 2

Artikel: Bund und Sozialpolitik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325426>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

arbeit beschäftigten Frauen der sogenannten besser situierten Stände über die wirtschaftlichen Folgen niedriger Arbeitslöhne aufzuklären und sie darauf aufmerksam zu machen, dass es im Interesse der Gesamtheit liegt, dass auch sie ihre Arbeit möglichst hoch werten.

2. Der Bund betraut die Kommission für Heimarbeit mit der Ausarbeitung des Flugblattes. Die Vertreibung geschieht durch die Bundesvereine.

Auch dieser Antrag sei Ihnen bestens zur Annahme empfohlen.

Ich schliesse meine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, dass die Kommission für Heimarbeit nicht glaubt, eine erschöpfende Antwort auf Ihre Frage gegeben zu haben. Was wir Ihnen heute vorschlagen, wird den Schlüssel bilden zu manchem Nachfolgenden. Ich kann Sie aber nicht mehr mit unsren Zukunftsplänen aufhalten. Wir wollen nicht nachlassen mit der Arbeit.

Einer unsrer Bundesvereine trägt auf seinem Banner als Forderung „die Solidarität aller Stände“. Unser Bund auch ist schon ein Bild dieser Devise. Sind wir nicht eine bunte Gesellschaft, und arbeiten wir nicht tüchtig zusammen und für einander? Im Namen der Solidarität aller Stände bitte ich Sie, beim Erwägen unsrer Anträge dessen eingedenk zu sein, dass die Wohlfahrt unserer arbeitenden Bevölkerung unser aller Wohlfahrt ist, und dass zum grossen Teile von ihr das Glück unseres Landes abhängt, für das wir alle gerne einstehen.



So haben die Jahrtausende sie gemacht.

Wozu führt eine Unterjochung, eine lange, endlose Unterjochung?

Sie raubt die Freiheit, sie führt zu unbestrafter, ungerechter und willkürlicher Behandlung.

Ja, aber das ist nicht das schlimmste. — Ein Löwe, der eben gefangen wurde, ist kein Sklave; er ist gefährlich, sogar sein Herr wagt ihm nicht näher zu treten. Aber wie anders ist ein Löwe, der in Gefangenschaft aufgewachsen ist. Wie doch ganz anders ist er! Erst jetzt ist er wirklich zum Sklaven geworden: aus dem Käfig entlassen, kehrt er freiwillig dorthin zurück.

Das haben die Jahrzehnte getan. Das schlimmste, was ein langes Unfreisein erzeugen kann, ist der Gedanke: „es muss so sein — weil es immer so war.“

Diese psychische und moralische Betäubung kann nicht so schnell kommen. Dazu gehören — lange Zeit und zweckmässige Mittel. Ein Sklave, damit er gut und gehorsam bleibe, muss immer beschäftigt sein; ihm soll keine freie Zeit zum Nachdenken bleiben, sagen die alten Herrscher. Eine Frau ist so lange gut, geduldig und gehorsam, so lange sie ihre ganze Zeit mit Arbeit, wenn auch kleiner und nutzloser, ausfüllt. Das sagt der alte, weise Liviis; das sagen noch jetzt minder alte und weise Leute.

Nur keine Zeit zum Nachdenken lassen!

Die meisten Frauen haben bis jetzt keine Zeit zum Nachdenken.

Die meisten sind es, die Millionen sind es, welche so gänzlich, so tief in ihrer mühevollen, oft ganz nutzlosen Arbeit stecken, dass sie keine einzige freie Minute haben, um auf sich und ihre Situation einen allgemeineren, freieren Blick zu werfen. — So haben die Jahrtausende sie gemacht.

Und die, welche dazu Zeit haben? Ja, diese. Für diese wurde immer gedacht, getan, erfunden. Diese sind passiv, initiativlos. — So haben die Jahrtausende sie gemacht.

Es ist so bequem, so angenehm, reglos dahinzuträumen. Es ist so mühevoll, ernst zu denken, sich anzustrengen, gar etwas Verantwortliches anzufangen. — So haben die Jahrtausende sie gemacht.

Wie sollte man sonst eine Erklärung dafür finden, dass die Frauen, welche ihre rechtlose, erniedrigende Situation begriffen haben, so wenig Aktivität zeigen? Wie könnte man sonst begreifen, warum nicht Tausende sofort den enthusiastischen Kampf aufnehmen, nachdem sie ihre Situation wirklich verstanden haben?

Warum eilen sie nicht zu den Millionen ihrer Schwestern, die ihr Leben in kleinlicher, nutzloser und rastloser Arbeit dabilieben, welche keine einzige Minute zum Nachdenken haben, warum eilen nicht diese Hunderte, die ihre Situation verstanden haben, zur Rettung der Millionen?

Ja, so haben die Jahrtausende sie gemacht. Es gehört dazu eine lange, mühevolle Arbeit, nicht nur den eingeschlafenen Verstand, sondern auch den Willen, die Aktivität, die Initiative zu wecken, welche ihnen die Jahrtausende betäubt haben.

Z. Hirschowicz.

Bund und Sozialpolitik.

Man schreibt unter diesem Titel den „Neuen Zürcher Nachrichten“:

„In unseren höheren Bundeskreisen macht man seit Jahr und Tag erklecklich in sozialer Phraseologie und chikaniert auch hin und wieder unter dieser Flagge den privaten Arbeitgeber mit hygienischen Vorschriften u. s. w. nach Herzenslust. Dagegen sündigt man in eigenen Revieren nur so darauf los.“

Da z. B. sind unsere Telephonistinnen an der Zentrale Zürich sowie an anderen Zentralen. Im Sommer neun Stunden und im Winter acht, haben sie, den Hörrohr-Helm oder -Hut auf dem Kopf, unablässig ihres aufreibenden Amtes zu walten. An den Sommervormittagen fünf Stunden, an denen im Winter vier Stunden ununterbrochen nacheinander, des Nachmittags, Sommer und Winter, vier Stunden. Was das heisst, weiss nur, wer die Hetz und das Gewirr auf den grossen Zentralen kennt. Der Bund weiss ganz gut, dass diese Zeitanforderung an die Damen eine zu grosse ist, dass die Nerven der Mädchen in verhältnismässig jungen Jahren dabei erbarmungslos ruiniert werden, und dass acht Stunden des Sommers und sieben des Winters, d. h. 4 + 4 und 4 + 3 nacheinander, das sanitär zulässige Maximum wären.

Aber da kommen die Sparrücksichten. Es brauchte einige Telephonistinnen mehr. Das mag es für den reichen Bund nicht leiden gegenüber den Töchtern seines Landes. Für eidgenössische Grossbummler, Grosstaggeld-Konsumenten und Grossbankettäre, da hat man in Bern alle Hände voll Geld und Gold. Aber um eine hygienisch zu verantwortende Arbeitszeit der Damen der Telephon-Zentrale einzuführen — nein. Mit ihren Nerven muss das Budget aufgerundet werden. Eine verrückte Methode: Der Staat subventioniert die Kantone, damit sie mehr für die Hygiene der Kinder in der Volksschule tun — dann nimmt er selber Kinder dieser Schule in seinen Dienst und braucht sie gesundheitlich auf. Es ist einmal an der Zeit, für die Damen unserer Telephon-Zentralen öffentlich in die Schranken zu treten; es wird sonst nicht besser.“

Wir sind mit den Ausführungen des Korrespondenten der N. Z. N. durchaus einverstanden. Aber wird man aus ihnen nicht wieder ein Argument herleiten gegen die Anstellung von Frauen? Die Telephonistinnen müssten sich eben einigen und gemeinsam das Begehr auf Verkürzung

ihrer Arbeitszeit stellen. In London haben die Telephonistinnen durch gemeinsames Vorgehen in kürzester Frist ihre Forderungen durchgesetzt; warum sollte das bei uns nicht möglich sein?

Wöchnerinnen-Versicherung.

Vortrag von Frau Steck aus Bern.

Der Ursprung des Gedankens einer Mutterschafts- oder Wöchnerinnenversicherung liegt in der Fabrikgesetzgebung, so beginnt die Rednerin ihren interessanten und inhaltsreichen Vortrag. Zuerst beschränkte sich die Fabrikgesetzgebung auf den Schutz für die Kinder, dann trat der Schutz für Frauen und Jugendliche hinzu. In der Schweiz wurde sie zuerst eine mehr allgemeine, für alle Fabrikarbeiter geltende. Das schweiz. Fabrikgesetz bestimmt für die Zeit von Schwangerschaft und Wochenbett eine Schonzeit von acht Wochen für die Frau, wovon zwei Wochen vor der Geburt und sechs Wochen nach der Geburt gedacht sind. In andern Ländern bestehen ähnliche Bestimmungen. Diese Vorschrift verdient gewiss volle Anerkennung, allein in der Praxis muss sie zur grausamen Härte werden, denn es sind Frauen, die durch ihrer Hände Arbeit zum Unterhalt der Familie mithelfen müssen, die von dieser Massregel getroffen werden. Die Zeit der Niederkunft ist eine Zeit vermehrter Ausgaben und wird nun eine Zeit reduzierter Einnahmen durch den Ausfall des Arbeitslohnes der Frau während acht Wochen. Die Frauen, die dem Fabrikgesetz unterstellt sind, suchen nun vielfach das Gesetz zu umgehen, um die Zeit der Arbeitslosigkeit abzukürzen — oft wohl, um die Familie vor Not zu schützen. Die Berichte der Fabrikinspektoren enthalten oftmals Klagen darüber, und der französische Berichterstatter äussert sich dahin, dass der Gesetzgeber, der die achtwöchentliche Schonzeit für die Frau bestimmt hätte, auch wohl verpflichtet wäre, ihr die Erfüllung dieser Vorschrift zu erleichtern. Da aber einstweilen der Staat nicht Sorge trägt, dass die allgemein als gut und zweckmässig erkannte Schonzeit auch ohne finanzielle Not eingehalten werden kann, so fällt es der Gesellschaft und Privatinitiative zu, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Die Rednerin führt aus, wie auch da, wo die verdienende Frau zu einer sechswöchentlichen Ruhezeit — es sind im Entwurf der eidg. Fabrikinspektoren zu einem neuen Fabrikgesetz statt acht Wochen sechs Wochen als Schonzeit vorgeschlagen — nicht durch gesetzliche Vorschrift gezwungen ist, eine solche Schonzeit physische und moralische Pflicht für die Frau sei, deren Versäumnis sich räche. Nicht nur sich selbst schuldet sie dies, sondern auch dem Kinde, für welches es nicht gleichgültig ist, in welchen Händen es bleibt in der ersten Zeit und auch nicht gleichgültig, ob die Mutter es selbst nährt oder nicht. Es wurden denn auch Unterstützungsvereine und Kassen gegründet, Fabrikkassen nahmen sich der Wöchnerinnen an, in Deutschland wurden sie in die allgemeine obligatorische Krankenkasse aufgenommen, Italien hat einen Gesetzesentwurf für eine besondere Mutterschaftsversicherung erstellt. Diese Institutionen geben eine grundsätzlich ganz verschiedene Art von Hilfe. Der schweizerischen demokratischen Denkweise, meint die Rednerin, würden die Institutionen entsprechen, welche auf Selbsthilfe beruhen, wie z. B. das Sparsystem mit gesperrten Sparbüchern. Das hier eingelegte Geld darf nur erhoben werden, wenn der Fall eintritt, auf den es gesperrt ist. Weit mehr wird Selbsthilfe erreichen können, wenn sie durch Beteiligung vieler zur Gegenseitigkeit wird. Diesem Prinzip der Solidarität kommt sowohl die private Versicherung, als die staatliche nach.

Eine Anzahl von Veranstaltungen, die da und dort schon bestehen, beruhen auf dem gemischten System von Gegenseitigkeit und Wohltätigkeit, so die Hilfskassen in Belgien, in Turin und Mailand. Auch die berühmte Mutualité maternelle in Paris, welche von Gewerkschaften der Arbeiter in Konfektion, Weisswaren, Spitzen und Stickereien gegründet ist, sieht Membres honoraires und Membres bienfaiteurs vor. Ebenso ist die kleine Hilfskasse für Wöchnerinnen des Taglöhnerinnen-Vereins Bern auf Ehrenmitglieder angewiesen.

Besser stellt sich die Wöchnerinnenversicherung da, wo sie sich an die Fabrikkrankenassen angliedert, wie z. B. die Wöchnerinnenversicherung der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen von Winterthur und Umgebung. Diese Kasse, rein auf Selbsthilfe und Gegenseitigkeit gestellt, ist trotz ihrer schönen Leistungen aufgeblüht. Staatshilfe und Selbsthilfe mit Gegenseitigkeit repräsentieren: das Projekt Rava in Italien, eine reine Mutterschaftsversicherung, die deutsche obligatorische Krankenversicherung, die, wie oben gesagt, Wöchnerinnen einschliesst, und das Projekt zur allgemeinen schweizerischen Krankenversicherung von 1899.

In seiner Generalversammlung in Genf hat der Bund schweizer. Frauenvereine die Frage der Einführung einer Wöchnerinnenversicherung auf sein Programm genommen und mit dem Studium derselben eine Kommission betraut. Dieselbe machte in der Folge eine Eingabe an den Bundesrat zum Entwurf eines Krankenversicherungsgesetzes, die im wesentlichen zweierlei Forderungen aufstellt. Erstens wird die Aufnahme der Frau zu gleichen Rechten und Pflichten, wie der Mann, in die Krankenversicherung verlangt, zweitens die Einbeziehung der Wöchnerinnen in die Kassen und ihre Versicherung in der Weise, dass die Dauer der Leistungen für sie den Bestimmungen des eidgenössischen Fabrikgesetzes über die Schonzeit entspricht.

Leider nehmen bei uns bis jetzt nur wenige Krankenkassen Frauen auf als Mitglieder. Dieselben sollen die Kassen sehr verteuren, wie mit Zahlen bewiesen wird. Aber, ermahnt die Rednerin, wir müssen die Krankenversicherungen erobern. Steht dem Manne nicht dieses Opfer wohl an? Tragen doch die Männer mit die Verantwortung für das kommende Geschlecht. Und die Fürsorge für die Frau, namentlich, wo es sich um die Zeit vor und nach der Niederkunft handelt, kommt doch direkt dem Kinde zugute. Die Rednerin berührt an dieser Stelle noch die Frage der Ausschliessung unverheirateter Mütter, die in einigen Fabrikkassen Bestimmung ist. Sie vertritt selbstverständlich den Standpunkt, dass dieselben ebenfalls berücksichtigt werden sollen. Auch die ausserehelichen Kinder sind künftige Staatsbürger und zwar solche, deren Lebensweg ohnehin erschwert ist, auch für sie hat der Mann Mitverantwortung.

Als freudiges Ereignis muss hier erwähnt werden, dass die Krankenkassen des Grütlivereins vom 1. Januar d. J. an den Frauen geöffnet sind. Es wäre wünschbar, dass dieser sehr zu begrüssende Fortschritt dadurch gefeiert würde, dass die Frauen in grossen Zügen in die ihnen geöffneten Tore einzögen.

Zum Schluss des Vortrags fordert die Rednerin mit warmer Menschenliebe auf, es möge jeder mithelfen an dem Propagandawerke für die Wöchnerinnenversicherung. Ist's nicht im Grossen, so denn im Kleinen. Wenn jeder still und anspruchslos, aber mit Aufbietung aller seiner Kraft in seinem Kreise wirkt, so wird die Gesamtheit um so viel gefördert werden, als die Summe der vorhandenen Kräfte ausmacht. — Der Vortrag war leider schwach besucht. Ich hätte gewünscht, dass ein grosser Kreis ihn vernommen und Mut und Freude geschöpft hätte, zu wirken an der schönen lohnenden Aufgabe, die uns Frau Steck so warm ans Herz gelegt hat.

P. B.